



Presseerklärung Nr. 11/2011
28. November 2011

Schulfrieden in Berlin - Botschaft der rot-schwarzen Koalition

Die Koalition aus SPD und CDU bestätigt das von Rot-Rot eingeführte zweigliedrige Schulsystem und macht die beruflichen Schulen zu Kompetenzzentren.

Berlin soll eine Stadt für Bildung werden mit starker Wirtschaft und guter Arbeit. Dies steht in den Koalitionsvereinbarungen von SPD und CDU.

Neue Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft – wohlgernekt nun ohne Forschung, die wandert in das Ressort Wirtschaft, Technologie und Forschung - wird Sandra Scheeres, Abgeordnete aus dem Wahlkreis Pankow Süd und Heinersdorf. Zurzeit ist die 41-Jährige jugend- und familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Scheeres wird - so die Koalitionsvereinbarungen - dafür sorgen, dass in Berlin künftig Schulfrieden herrscht und die demografische Rendite in den Schulen belassen wird – das sind die guten Nachrichten.

Leider wurde die Chance verpasst, die Berliner Schule für junge Kolleginnen und Kollegen attraktiver zu machen. Auch künftig werden Lehrerinnen und Lehrer nicht verbeamtet. Insbesondere für die beruflichen Schulen wird es somit weiterhin schwierig sein, fachkompetenten Nachwuchs vor allem in den Mangelfächern zu finden. Auch die 100%ige Ausstattung der Schulen mit Lehrerstellen und die damit verbundene Personalkostenbudgetierung für Vertretungen werden beibehalten – das „Vertretungs- und setzungskarussel“ kann sich weiterdrehen. Angesichts der zunehmenden Zahl der Pensionierungen und dem künftig fehlenden Lehrernachwuchs stellt sich aber gerade für die beruflichen Schulen die Frage, ob in den nächsten Jahren überhaupt eine 100%ige Ausstattung erreicht werden kann. Vielleicht dadurch, dass der weitere Aufbau von Lehrerarbeitszeitkonten beendet werden soll – so die Koalitionsvereinbarung.

Der Schulfriede gilt nicht für die Lehrerbildung. Diese wird weiter reformiert werden. Es wird eine Kommission eingerichtet, die u. a. die Einrichtung einer „School of Education“ prüfen soll. Das Masterstudium für alle Lehrämter wird vier Semester betragen, der Vorbereitungsdienst soll zukünftig 18 Monate betragen.

Für die berufliche Bildung an den Oberstufenzentren (OSZ) hat sich die große Koalition darauf geeinigt, die OSZ zu Kompetenzzentren für Aus-, Fort- und Weiterbildung zu entwickeln und ihre Selbstständigkeit auszubauen. Das Übergangssystem soll so gestaltet werden, dass Jugendliche direkt nach der Schule eine Ausbildung beginnen können. Unnötige – schulische - Warteschleifen sollen vermieden werden. Die inklusive Beschulung wird auf die beruflichen Schulen ausgedehnt.

Der VLW Berlin begrüßt grundsätzlich die Weiterentwicklung der Oberstufenzentren zu Kompetenzzentren. Hierdurch wird die Bedeutung der beruflichen Bildung für Berlin unterstrichen. Dies geht aber nicht zum „Nulltarif“ und nicht ohne junge Kolleginnen und Kollegen. Deshalb muss Berlin wieder verbeamtet, eine Ausstattung der OSZ von über 100 Prozent gewährleisten und die (vielen) älteren Kolleginnen und Kollegen durch geeignete Altersteilzeitmodelle entlasten.